

Sanktionen – eine Bestandsaufnahme

VON THOMAS SCHWARTZ

Früher war alles einfacher! Wenn man ein Land bestrafen wollte, das sich nicht so verhielt, wie man sich das von ihm erwartete, dann erklärte man ihm einfach den Krieg oder eroberte es auch ganz ohne Kriegserklärung. Doch was heißt in diesem Zusammenhang schon „früher“? Die letzten kriegerischen Auseinandersetzungen der westlichen Staatengemeinschaft haben alle ohne eine förmliche Kriegserklärung stattgefunden. Das Diktum des preußischen Generals Clausewitz, wonach „der Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ sei, scheint noch heute Gültigkeit zu erheischen.

Trifft die Ärmsten

Gegen ein solches Modell haben viele Kritiker in den letzten Jahren zunehmend Sanktionen als einer Alternative zum Krieg das Wort geredet. Es gelte, ohne Blutvergießen und Gewaltanwendung, beispielsweise mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln Druck auf die Entscheidungsträger eines Landes aufzubauen und so politische und gesellschaftliche Ziele durchzusetzen. Das sei nachhaltiger und auf Dauer erfolgreicher als Waffen sprechen zu lassen. Als gelungene Beispiele für solche Sanktionen werden immer wieder die Maßnahmen gegen Südafrika in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts und auch jene gegen das Atomprogramm des Iran in den 2000er Jahren angeführt. Seit den Massenprotesten nach den Präsidentschaftswahlen vor einem Jahr in Belarus und deren gewaltsamer Niederschlagung verhängte die EU in den vergangenen Monaten wegen Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition bereits mehrfach Sanktionen gegen dieses Land. Zuletzt gab es nach der Festnahme des regierungskritischen Bloggers Roman Protasewitsch weitere Wirtschaftssanktionen. Diese Sanktionen sind politisch sicherlich angezeigt. Leider wirken sie oft nicht zielführend. Denn neben den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen treffen sie vor allem die Schwächsten der Gesellschaft. So schadet die Einstellung des Flugverkehrs mit der EU nicht nur den Verantwortlichen im Land, sondern sie verhindert auch, dass politisch Verfolgte ausreisen können. Handelssanktionen treffen eben nicht nur Politiker und Wirtschaftsführer, sondern schlagen rasch auch auf die einfachen Angestellten und Arbeiter durch.

Die wirtschaftliche Schwächung eines Staates kommt am stärksten bei den Ärmsten an. Sanktionen mögen nötig sein, aber ihre Wirkung ist nicht punktgenau. Umso wichtiger ist es, dass neben den politischen Sanktionen ein Fenster für Dialog und humanitäre Hilfe geöffnet bleibt. Hier können und müssen zum Beispiel die Kirchen und auch die kirchlichen Hilfswerke und ihre zivilgesellschaftlichen Partner unmittelbar und punktgenau die ungewollten negativen Folgen von politischen und wirtschaftlichen Strafmaßnahmen abfedern helfen.

Tut man das nicht, verkommen Sanktionen zu einer reinen Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.



Der Autor ist ab 1. Oktober Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerkes Renovabis. Foto: Privat

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.